

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

39. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 23.09.2025	
Sitzungsbeginn:	16:31 Uhr	
Sitzungsende:	21:37 Uhr	
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Christopher Lötsch - CDU Fraktionsvorsitzender		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Peter Petereit - SPD Erster Stellvertr. Stadtpräsident und Fraktionsvorsitzender		
Michelle Akyurt - CDU		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzender		
Thorsten Fürter - FDP Fraktionsvorsitzender		
Sandra Odendahl - SPD		
Renate Prüß - SPD	Teilnahme bis 21:10 Uhr	
Juleka Schulte-Ostermann - LINKE & GAL		
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende		
Bernhard Simon - CDU	Teilnahme ab 16:41 Uhr	
Detlev Stolzenberg - Die Fraktion	Teilnahme bis 21:06 Uhr	
Frank Zahn - SPD		
Andreas Zander - CDU		
Lothar Möller - BfL (fraktionslos)		
Tim Stüttgen - Volt (fraktionslos)		
Gregor Voht - Freie Wähler (fraktionslos)	Teilnahme ab 17:00 Uhr	
Stellvertreter:in		
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Judith Balke bis 18:05	
Kimberly D`Amico - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für: Judith Balke ab 18:05 Uhr	
Beiratsmitglieder		
Bruno Böhm - Beirat für Senior:innen		
Götz Gebert - Beirat für Senior:innen		

Christian Brandt - Beirat für Menschen mit Behinderungen	Teilnahme bis 21:12 Uhr
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	Teilnahme bis 18:41 Uhr
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	Teilnahme ab 16:38 Uhr
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Elke Sasse - 1.160 Frauenbüro	
Daniel Blank - FBC FB 2	
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	Teilnahme bis 21:34 Uhr
Dennis Bössow - 1.201 Haushalt und Steuerung	Teilnahme bis 17:23 Uhr
Jesko Beyer - 1.201.5 Teilnehmungscontrolling	Teilnahme bis 21:27 Uhr
Sarah Frenz - 4.510 Familienhilfen / Jugendamt	Teilnahme bis 19:32 Uhr
Simone Philipp - 1.110 Personal	Teilnahme zu TOP 4.22.
Dr. Stefan Ivens - 1.103 DOS	Teilnahme zu TOP 4.22.
Uwe Kirchhoff - 2.830 Kurbetrieb Travemünde	Teilnahme zu TOP 5.3.
Marina Köhn - 2.830 Kurbetrieb Travemünde	Teilnahme zu TOP 5.3.
Thomas Leber - 1.110 Personal	
Kai Neumann - Gesamtpersonalrat Vorsitz	Teilnahme bis 18:32 Uhr
Björn Brinke - Vorsitzender Personalrat Fachbereich 4	Teilnahme bis 18:44 Uhr
Gert Wadehn - 2.502 SIE	Teilnahme bis 20:20 Uhr
Protokollführung	
Annika Wegener - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Judith Balke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	entschuldigt
Dirk Groß - AfD Fraktionsvorsitzender	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.07.2025	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.07.2025	
2.3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.09.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zu dem Projekt GreenKayak	VO/2025/14336
3.1.1	Antwort auf die Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Projekt GreenKayak	VO/2025/14336-01
3.2	AM Juleka Schulte-Ostermann (Fraktion Linke & GAL): Gleichstellung in Führungspositionen der Hansestadt sicherstellen: Teilzeit, Jobsharing	VO/2024/13820
3.2.1	Antwort auf Anfrage AM Juleka Schulte-Ostermann (Fraktion Linke & GAL): Gleichstellung in Führungspositionen der Hansestadt sicherstellen: Teilzeit, Jobsharing	VO/2024/13820-01
3.2.2	AM Juleka Schulte-Ostermann (Fraktion Linke & GAL) zu VO/2024/13820-01: Antwort auf Anfrage AM Juleka Schulte-Ostermann, Gleichstellung in Führungspositionen der Hansestadt sicherstellen: Teilzeit, Jobsharing	VO/2025/14596
3.3	NEU: Mündl. Anfrage AM Fürther zu der Anfrage aus dem Hauptausschuss vom 22.07.2025	
3.4	NEU: Mündl. Anfrage von AM Zahn zu Haushaltseinsparungen 2026	
3.5	NEU: Mündl. Nachfrage von AM Dr. Flasbarth zur Beantwortung von Anfragen aus vergangenen Hauptausschuss Sitzungen	
3.6	NEU: Mündl. Nachfrage von AM Schulte-Ostermann zur Beantwortung einer Anfrage aus der Hauptausschuss Sitzung vom 28.01.2025	
4	Berichte	
4.1	2. Quartalsbericht zum Haushalt 2025	VO/2025/14485

4.2	Über- und außerplanmäßige Bewilligungen und Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2024 - 1.+2. Halbjahr	VO/2025/14479
4.3	Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2025 der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck: Genehmigungserlass	2024/13648-02-02
4.4	Besetzung der mit Sperrvermerk belegten Planstellen im Stellenplan 2025	VO/2025/14503
4.5	Ergebnis der Organisationsuntersuchung Technisches Gebäudemanagement	VO/2025/14168
4.6	Kosten-Wirksamkeits-Analyse Zukunftsszenarien ÖPNV	2024/13418-01-01
4.7	Grobkonzept für den ÖPNV in der Nachtverkehrszeit	VO/2025/14352
4.8	Chancen und Perspektiven durch alternative Systemansätze zur Straßenbahn	VO/2025/14411
4.9	Ergebnisse der Bürger:innenbeteiligung zum VEP	VO/2025/14412
4.10	Haushaltsumfrage Mobilität 2024/Menschen unterwegs in Lübeck (MuIL)	VO/2025/14410
4.11	Zukunft der Geh- und Radwege in Lübeck - Soll-/Ist-Vergleich 2023-2025	VO/2025/13990
4.12	Folgerungen aus Pflegebedarfsplanung 2017-2030: Ergebnisse des Folgeworkshops vom 07.09.2022 sowie ergänzende Priorisierungen	0/09309-01-01-01
4.13	Ausbau der Versorgung der städtischen Kindertageseinrichtungen mit eigenen heilpädagogischen Fachkräften und Assistent:innen für heilpädagogische Maßnahmen	VO/2025/14199
4.14	Kerndaten zu Bildung in Lübeck	VO/2025/14114
4.15	Ergänzungsbericht zum Bericht VO/2025/14311 Mehrgenerationenhaus Eichholz	VO/2025/14311-01
4.16	Bericht des Bereiches Familienhilfen / Jugendamt zum Qualitätsentwicklungs- und Personalbemessungsprozess 2024/2025	VO/2025/14405
4.17	Sachstand zur Einführung einer Ehrenamtsförderung für die Freiwilligen Feuerwehren	VO/2025/14476
4.18	Bericht zum Kenntnisstand über die Sanierungsnotwendigkeit nach Abschluss der Bestandsanalyse und Grundlagenermittlung für das Theater Lübeck	VO/2025/14519
4.19	Städtebauliche Gesamtmaßnahme Altstadt - Sachstand und Maßnahmenpriorisierung	VO/2024/13609-01

4.20	Zwischenbericht Raumplanung IV	VO/2025/14014
4.20.1	AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Christopher Lötsch (CDU), AM Thorsten Fürter (FDP): Antrag zu Zwischenbericht Raumplanung IV	VO/2025/14014-04
4.21	Zwischenbericht zur Konkretisierung der kommunalen Wärmeplanung	2024/13808-03-01
4.22	Vorstellung des städtischen Ideenmanagements und des Prozesses für eine strukturierte verwaltungsinterne Aufgabenkritik	
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Haushalt 2026	VO/2025/14306
5.2	Haushaltspläne der Stiftungen HdJ-HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT-LA für das Haushaltsjahr 2026	VO/2025/14319
5.3	Wirtschaftsplan 2026 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde	VO/2025/14056
5.4	Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs.1 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein für die Produkte Entgeltermäßigung, Tagespflege und Planung und Bezuschussung KiTa	VO/2025/14465
5.5	1. Nachtragshaushaltsplan der Stiftung "Heiligen-Geist-Hospital" für das Haushaltsjahr 2025	VO/2025/14483
5.6	Feststellung des Rechnungsergebnisses der Senior:Innen-Einrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2024 und überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für das Produkt Senior:InnenEinrichtungen in 2025	VO/2025/14493
5.7	Aufhebung eines Sperrvermerks	VO/2025/14460
5.8	Preistarif der Museen der Hansestadt Lübeck - Anpassung der Ticketpreise für Erwachsene	VO/2025/14366
5.9	Preistarif I für die Lübecker Schwimmbäder ab 01. 10. 2025	VO/2025/14264
5.10	Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen ab dem Haushaltsjahr 2026	VO/2025/14425
5.11	Bewerbung beim Projekt Meeresschutzstädte	VO/2025/14447
5.12	Teilnahme Lübecks im EU-Forschungsprojekt "DISCO-AD-APT"	VO/2025/14461
5.13	Bebauungsplan 01.70.00 - Wallhalbinsel/Holstentorplatz - Satzungsbeschluss	VO/2025/14331

5.14	Projektfreigabe "Theater Lübeck - Bestandserhaltende Maßnahmen; Förderprogramm" Beckergrube 16, 23552 Lübeck	VO/2025/14517
5.15	Verkehrsentwicklungsplan - Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn	VO/2024/13418
5.16	Mühlentorplatz - Umgestaltung zur signalisierten Kreuzung	VO/2025/13939
5.17	Elbe-Lübeck-Kanal - Positionierung der Hansestadt Lübeck zur Aktivierung des vorhandenen Transportpotenzials auf dem Elbe-Lübeck-Kanal	VO/2025/14431
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität	VO/2025/14000-01
6.2	AfD: Beflaggung an Dienstgebäuden und Liegenschaften der Hansestadt Lübeck	VO/2025/14326
6.3	AT - CDU, BÜ90/DIE GRÜNEN, FDP zu: Initiative zur Entlastung der Verwaltung kommunales Vorschlagwesen zum Bürokratieabbau auf drei Ebenen	VO/2025/14433-01
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	AM Christopher Lötsch (CDU), AM Dr. Axel Flasbarth (BÜ90/DIE GRÜNEN), AM Thorsten Fürter (FDP): Erstellung eines Konzepts zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Stadtverwaltung Lübeck	VO/2025/14550
8	Gleichstellung	
8.1	Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Lübeck 2025	VO/2025/14386
8.2	2. Lübecker Aktionsplan Gleichstellung Queer	VO/2025/14385
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 16:31 Uhr mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit (bei 14 anwesenden stimmberechtigte Mitglieder).

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass zukünftig für den Beirat für Menschen mit Behinderungen Herr Brandt an den Sitzungen des Hauptausschusses teilnehmen wird und in Vertretung Frau Schellbach. Herr Brandt ist zur heutigen Sitzung anwesend.

Des Weiteren informiert der Vorsitzende darüber, dass zu TOP 4.16 die Bereichsleitung Frau Frenz und zu TOP 5.3. Herr Kirchhoff anwesend sind.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

NEU TOP 3.2.2 (VO/2025/14596)

Rückfragen AM Juleka Schulte-Ostermann (Fraktion Linke & GAL) zu VO/2024/13820-01: Antwort auf Anfrage AM Juleka Schulte-Ostermann, Gleichstellung in Führungspositionen der Hansestadt sicherstellen: Teilzeit, Jobsharing

Es wird hierzu vorgeschlagen, den TOP 3.2 unter TOP 8 Gleichstellung zu behandeln.

NEU TOP 4.20.1 (VO/2025/14014-04)

Antrag AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Christopher Lötsch (CDU), AM Thorsten Fürter (FDP): Antrag zu Zwischenbericht Raumplanung IV

Der Hauptausschuss nimmt Kenntnis.

Der Vorsitzende teilt ferner mit, dass TOP 4.15 und 5.12. von der Verwaltung zurückgezogen wurde.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass in der letzten Sitzung am 09.09.25 keine Beschlüsse im **nichtöffentlichen Teil** getroffen wurden.

Der Hauptausschuss und die Öffentlichkeit nehmen Kenntnis.

Der Vorsitzende beantragt die Vertagung der Beratung der TOP 4.5, 4.6, 4.8, 4.18, 4.19, 4.21, 5.1, 5.11, 5.13, 5.15, 5.16 und 6.1.

Des Weiteren beantragt die CDU-Fraktion die Vertagung der Beratung der TOP 4.9., 5.7, 5.9, 14.3.

Außerdem beantragt AM Lötsch für die CDU-Fraktion die heutige Behandlung des TOP 4.20., da der Bauausschuss den TOP vertagt habe, aber gleichzeitig darauf hingewiesen habe, dass er nichts dagegen habe, wenn der TOP trotzdem in der Bürgerschaft behandelt werde.

Der Vorsitzende lässt über die Vertagungen und Behandlung des TOP 4.20. einzeln abstimmen:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 4.5.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 4.6.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 4.8.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 4.9.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 4.18.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 4.19.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 4.21.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 5.1.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 4.9.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 5.7.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 5.9.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 5.11.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 5.13.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 5.15.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 5.16.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 6.1.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Vertagung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 14.3.***

***Der Hauptausschuss beschließt einstimmig
die Behandlung der Beratung der Angelegenheit unter TOP 4.20.***

Der Vorsitzende teilt mit, dass gemäß § 39 Absatz 3 GeschO über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden und ggf. anderer Personen am nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt in die Tagesordnung abzustimmen sei. Es sei um die Teilnahme folgender Personen gebeten worden:

- Oliver Groth, Bereichsleitung Bürgermeisterkanzlei
- Manfred Uhlig, Bereichsleitung Haushalt und Steuerung
- Jesko Beyer, Bereich Beteiligungscontrolling
- Frank Graap, Bereich Gebäudemanagement (zu TOP 14.7)

Der Vorsitzende lässt über die Teilnahme abstimmen:

***Der Hauptausschuss genehmigt einstimmig
die Teilnahme der vorgenannten Personen.***

Beiratsmitglied Böhm beantragt im nicht öffentlichen Teil zu TOP 13.2. teilnehmen zu wollen.

***Der Hauptausschuss genehmigt einstimmig
die Teilnahme der vorgenannten Person.***

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

AM Stolzenberg beantragt die TOP 14.4, 14.5, 14.7 und 14.9 öffentlich zu beraten und einzeln drüber abzustimmen.

Bürgermeister Lindenau weist auf die Konsequenzen im Falle einer öffentlichen Behandlung der TOP hin. Da es sich um schützenswerte Belange von Dritten handle und die Wirtschaftlichkeit gewahrt werden müsse, könne man diese nicht ohne weiteres öffentlich beraten. In Folge dessen würde man die Vorlagen zurückziehen.

AM Schulte-Ostermann fragt, ob dies zur Folge hätte, dass die Vorlagen erstmal nicht weiterbearbeitet werden könnten, was Bürgermeister Lindenau bejaht.

Der Vorsitzende lässt über die nichtöffentliche Beratung der oben genannten TOP einzeln abstimmen:

***Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich die nichtöffentliche Beratung
der Angelegenheit unter TOP 14.4.***

***Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich die nichtöffentliche Beratung
der Angelegenheit unter TOP 14.5.***

Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich die nichtöffentliche Beratung der Angelegenheit unter TOP 14.7.

Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich die nichtöffentliche Beratung der Angelegenheit unter TOP 14.9.

Der Vorsitzende lässt über die Zuordnung der TOP 12.1, 13.1. bis 13.2. und 14.1 bis 14.11 zum nichtöffentlichen Teil en bloc abstimmen:

Der Hauptausschuss beschließt einstimmig die nichtöffentliche Beratung der vorgenannten Angelegenheiten.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.07.2025

AM Flasbarth merkt an, dass unter TOP 6.1. dem Protokoll, entsprechend der Tonbandaufnahmen, hinzugefügt werden solle, dass er gesagt habe, dass Bürgermeister Lindenau Förderzusagen gemacht haben soll, zu denen er möglicherweise nicht befugt war. Außerdem solle hinzugefügt werden, dass der Bürgermeister erklärt habe, er würde dagegen Rechtsmittel einlegen wollen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss vertagt die Beratung der Niederschrift.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 22.07.2025

Keine Wortmeldung.

Der Vorsitzende lässt über die Genehmigung der Niederschrift abstimmen:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss genehmigt einstimmig die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

zu 2.3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 09.09.2025

Keine Wortmeldung.

Der Vorsitzende lässt über die Genehmigung der Niederschrift abstimmen:

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss genehmigt einstimmig die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zu dem Projekt GreenKayak Vorlage: VO/2025/14336

zu 3.1.1 Antwort auf die Anfrage des AM Thorsten Fürter (FDP) zum Projekt GreenKayak Vorlage: VO/2025/14336-01

AM Fürther merkt an, dass Frage 2 seiner Anfrage nicht richtig verstanden worden sei. Er fragt nach der Grundlage auf der die Kosten gezahlt werden würden und ob eine vertragliche Verpflichtung eingegangen worden sei oder ob es sich um einen einmaligen Zuwendungsbescheid gehandelt habe und es eine Verlängerungsklausel geben würde.

Senatorin Hagen und Senator Hinsen sagen zu, die Antwort dem Protokoll beizufügen.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

Nachtrag zur Niederschrift

Nach erfolgter Beantwortung wurde die Frage 2 auf der 39. Sitzung des HA vom 23.09.2025 noch einmal konkretisiert:

AM Fürther merkt an, dass Frage 2 seiner Anfrage nicht richtig verstanden worden sei. Er fragt nach der Grundlage auf der die Kosten gezahlt werden würden und ob eine vertragliche Verpflichtung eingegangen worden sei oder ob es sich um einen einmaligen Zuwendungsbescheid gehandelt habe und es eine Verlängerungsklausel geben würde.

Hierzu wird im Folgenden explizit geantwortet:

Zu 2)

Sowohl die Entsorgungsbetriebe Lübeck als auch die Lübeck Port Authority haben eigene Kooperationsverträge mit der Organisation GreenKayak geschlossen. Auf dessen Grundlage entstehen folglich Kosten, die zunächst einmalig für die Dauer von zwei Jahren zu zahlen sind. Eine Verlängerung ist durch das Schließen eines neuen Vertrages grundsätzlich möglich. Folgeverträge führen entsprechend des Geschäftsmodells zu weiteren Kosten. Im Jahr 2026 wird evaluiert, ob eine Verlängerung angestrebt wird.

Sowohl die EBL als auch die LPA tragen jeweils Kosten in Höhe von rund 7.200 €, für je zwei Greenkajaks für die Dauer von zwei Jahren. Insgesamt also rund 14.400 €. Hinzu kommen für die LPA Kosten Entsorgungskosten in Höhe von rund 50 € pro Monat für die Dauer der gepaddelten Saison.

Grundlage dafür ist das Verbesserungsgebot und Verschlechterungsverbot der Gewässer nach WRRL (§27 WHG), die Gewässerunterhaltungspflicht als Eigentümer (§40 WHG i.V.m. §32 WHG) sowie die Abfallbeseitigungspflicht als Eigentümer. Darüber hinaus zahlt es begleitend auf den Beschluss zur Nachhaltigkeit der Hansestadt Lübeck (VO/2019/08415), dem Masterplan Klimaschutz (VO/2023/11957) und den Klimanotstandsbeschluss (VO/2019/07738) ein.

zu 3.2	AM Juleka Schulte-Ostermann (Fraktion Linke & GAL): Gleichstellung in Führungspositionen der Hansestadt sicherstellen: Teilzeit, Jobsharing Vorlage: VO/2024/13820
---------------	---

zu 3.2.1	Antwort auf Anfrage AM Juleka Schulte-Ostermann (Fraktion Linke & GAL): Gleichstellung in Führungspositionen der Hansestadt sicherstellen: Teilzeit, Jobsharing Vorlage: VO/2024/13820-01
-----------------	--

AM Schulte-Ostermann äußert, dass sie mit der Beantwortung der Frage nicht zufrieden sei und deshalb die schriftlichen Nachfragen unter 3.2.2. eingereicht habe.

Der Hauptausschuss nimmt die Antwort zur Kenntnis.

**zu 3.2.2 AM Juleka Schulte-Ostermann (Fraktion Linke & GAL) zu VO/2024/13820-01:
Antwort auf Anfrage AM Juleka Schulte-Ostermann, Gleichstellung in Führungspositionen der Hansestadt sicherstellen: Teilzeit, Jobsharing
Vorlage: VO/2025/14596**

AM Schulte-Ostermann sagt, dass mit den Rückfragen konkretisiert werden solle, wie Teilzeit und Jobsharing Modelle verbindlich und strukturell innerhalb der Verwaltung verankert werden können, wie Zuständigkeiten, Zeitpläne und Berichterstattungen festgelegt werden und wie Wissen und Sensibilisierung systematisch auf allen Führungsebenen aufgebaut werde.

AM Schulte-Ostermann merkt an, dass sie sich gewünscht hätte, dass die Antwort unter dem TOP Gleichstellung aufgelistet werde und zukünftig darauf geachtet werden solle, dass Gleichstellungsthemen unter dem TOP Gleichstellung behandelt werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass Anfragen und Antworten entsprechend unter dem TOP Anfragen aufgeführt werden.

AM Schulte-Ostermann merkt an, dass im Hauptausschuss, der auch als Gleichstellungsausschuss fungiere, auch Anfragen und Anträge zum Thema Gleichstellung unter dem entsprechenden TOP behandelt werden sollten.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.3 NEU: Mündl. Anfrage AM Fürther zu der Anfrage aus dem Hauptausschuss vom 22.07.2025

AM Fürther sagt, dass nach Absprache mit Senator Hinsen seine Anfrage aus dem Hauptausschuss vom 22.07.2025 zur Rückkehr von Straftätern und Gefährdern im nichtöffentlichen Teil im USO behandelt werde. Er habe darum gebeten, ob die HL von der Möglichkeit der Landesregierung Gebrauch mache, die Verfahren dort zu zentralisieren, was zum 01.09.25 starten sollte. Hierzu müsse es einen Erkenntnisstand geben. Er fragt, ob eine mündliche Beantwortung nun möglich sei.

Senator Hinsen merkt an, dass er im nichtöffentlichen Teil des Ausschusses für Umwelt, Sicherheit und Ordnung dazu Stellung genommen habe. Den Brief, den er seiner Zeit der Ministerin geschrieben habe, habe zu einer Wirkung geführt. Es sei beim Landesamt für Geflüchtete und Migration ein Dezernat eingerichtet worden, die sich um die Themen kümmern. Man arbeite mit dem Dezernat zusammen.

AM Fürther fragt, ob die Option vom Tisch sei, dass die Kommunen bestimmte Verfahren abgeben würden.

Senator Hinsen sagt, dass die Aufgaben des Dezernats ausgeweitet werden könnten. Darüber sei man in intensiven Gesprächen mit der Landesregierung. Das Dezernat kümmere sich im Wesentlichen um inhaftierte Geflüchtete.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage und Antwort zur Kenntnis.

zu 3.4 NEU: Mündl. Anfrage von AM Zahn zu Haushaltseinsparungen 2026

AM Zahn sagt, dass im Rahmen der Haushaltseinsparungen 2026 die Zuwendungen an die Fraktionen um 10 % reduziert werden sollen.

Er fragt, wie hoch die Aufwandsentschädigungen der Hansestadt Lübeck für Bürgerschaftsmitglieder, als Ausgleich für die nicht durchgeführte Arbeit im Beruf jährlich für die Jahre 2023, 2024 und im ersten Halbjahr 2025 waren. Er bittet darum, nach Namen, Stundensatz in Euro und Gesamtzahlung im Jahr aufzugliedern.

Im Rahmen der politischen Aufklärung sei es wichtig den Bürger:innen darzustellen, welche Einkünfte aufgrund einer politischen Arbeit (Ehrenamt) gezahlt werden und ob Einsparpotenziale vorhanden seien.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.5	NEU: Mündl. Nachfrage von AM Dr. Flasbarth zur Beantwortung von Anfragen aus vergangenen Hauptausschuss Sitzungen
---------------	--

AM Flasbarth fragt, wann mit einer Antwort aus der Sitzung vom 08.04.2025 zu rechnen sei. Er fragte nach einer fristlosen Kündigung, die vom Verwaltungsgericht nicht gehalten werden konnte und möchte wissen, wann hier mit einer Antwort zu rechnen sei.

Am 12.12.2023 habe er eine Anfrage zu den Unwahrheiten des Bürgermeisters aus der Bürgerschaftssitzung gestellt. Wann sei hier mit einer Antwort zu rechnen und warum dauere die Beantwortung so lange an.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 3.6	NEU: Mündl. Nachfrage von AM Schulte-Ostermann zur Beantwortung einer Anfrage aus der Hauptausschuss Sitzung vom 28.01.2025
---------------	--

AM Schulte-Ostermann fragt, wann mit einer Antwort zu der Anfrage zu den Ausfällen und technische Problemen mit dem CO2-Cockpit (Dashboard) für die Lübecker Schulen und Kitas aus der Sitzung vom 28.01.2025 zu rechnen sei. Hier sei schon länger eine Antwort zugesagt worden.

Der Hauptausschuss nimmt die Anfrage zur Kenntnis.

zu 4	Berichte
-------------	-----------------

zu 4.1	2. Quartalsbericht zum Haushalt 2025 Vorlage: VO/2025/14485
---------------	--

AM Flasbarth fragt zum Haushaltsbegleitantrag, um wie viele Stellen der ursprüngliche Entwurf tatsächlich reduziert worden sei. Außerdem wolle er wissen, warum für das Café Salut

noch nicht das Geld ausgezahlt worden sei und wolle wissen warum dies so lange dauern würde. Die gleiche Frage habe er zum Medi Büro, zur Haustierhilfe und zu den Bücherpiraten. Zum Café Salut würde er außerdem wissen wollen, wann die Prüfung des Budgetvertrages vorliegen werde. Außerdem wolle er zum Adrenalienpark wissen, warum man keine Vergabe an Externe vornehmen würde.

Bürgermeister Lindenau sagt eine schriftliche Beantwortung zu. Es habe zu der 1. Frage einen Bericht gegeben.

Senatorin Steinrücke ergänzt, dass die Kapazitäten auf Führungsebene sehr begrenzt seien. Die Budgetverträge würden im nächsten Jahr neu verhandelt werden. Man könne aber noch nicht sagen, wann dies für das Café Salut der Fall sein wird. Bislang habe es noch keine intensiven Verhandlungsgespräche gegeben. Es wurde beschlossen das Ganze vorerst für ein Jahr zu bezahlen und dann die Wirksamkeit nachgewiesen werde. Das Café Salut werde dazu ein entsprechendes Konzept vorlegen. Eine Antwort wird dem Protokoll beigefügt.

Zu der Angelegenheit sprechen weiterhin AM Flasbarth, Senatorin Steinrücke, Senatorin Hagen, Senatorin Frank und AM Siegenbrink.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Nachtrag zur Niederschrift:

Auszahlung Salut, Medi-Büro und Haustierhilfe

Bis zur Genehmigung des Haushalts 2025 im Februar 2025 war eine Auszahlung nicht möglich. Die Zuwendungsbescheide für das Café Salut und die Haustierhilfe wurden umgehend im Februar erstellt und die Zahlung erfolgt in monatlichen Teilbeträgen.

Der Zuwendungsbescheid für das Medi-Büro wurde im Mai erstellt und auch hier erfolgt die Auszahlung in monatlichen Teilbeträgen. Die Verzögerung ist durch notwendige Abstimmungsbedarfe und das Einreichen von notwendigen Unterlagen begründet.

Budgetvertrag Café Salut

Bereits mit der Vorlage VO/2024/12931-02 hat sich die Verwaltung ausführlich zu einer möglichen Finanzierung des Café Salut im Rahmen einer freiwilligen Leistung geäußert. Der Abschluss eines Budgetvertrages ist grundsätzlich immer und somit auch außerhalb des üblichen Budgetvertragszeitraums, nach Beschluss der Bürgerschaft, möglich. Der aktuell laufende 5-jährige Budgetvertragszeitraum endet am 31.12.2026. Mit allen Trägern soll rechtzeitig in Verhandlungen getreten werden, wie die zukünftige Ausgestaltung der Angebote und die notwendige Finanzierung ausgestaltet werden kann.

Aufgrund der aktuellen Haushaltslage und des vorliegenden Entwurfs zur Haushaltsplanung 2026, sowie der kontinuierlichen Hinweise der Kommunalaufsicht des Landes zu der weiteren Ausweitung von freiwilligen Leistungen, kann seitens der Verwaltung eine Verstetigung der Finanzierung nicht empfohlen werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.2 Über- und außerplanmäßige Bewilligungen und Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2024 - 1.+2. Halbjahr
Vorlage: VO/2025/14479**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.3 Erster Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2025 der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck: Genehmigungserlass
Vorlage: 2024/13648-02-02**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.4 Besetzung der mit Sperrvermerk belegten Planstellen im Stellenplan 2025
Vorlage: VO/2025/14503**

AM Fürther fragt, was hier eine bessere Vorgehensweise gewesen wäre, da ein Sperrvermerk nicht das zielführende Instrumentarium zu sein scheint.

Bürgermeister Lindenau sagt, dass ein Sperrvermerk nur bei neuen Stellen Sinn ergebe. Man habe hier Bestandsstellen genutzt, weshalb es sich nur um eine Prioritätenverschiebung handle. Das bedeute nicht, dass man die Stellen nicht brauche.

Es sprechen erneut AM Fürther und Bürgermeister Lindenau.

AM Flasbarth sagt, dass der Vorschlag offensichtlich entgegen dem ist, was bislang diskutiert und beschlossen worden sei. Er beantragt deshalb eine Vertagung des TOP. Er fragt außerdem, ob man sich hinsichtlich des Datenschutzes das Konzept von Kiel angeschaut habe und geprüft wurde, ob man dieses auf die HL übertragen könne.

Bürgermeister Lindenau sagt, dass die Verwaltung einen Bericht vorgelegt hatte, wie die Beschlüsse zu interpretieren seien. Durch eine Vertagung würde das Verfahren verzögert werden. Er habe Rücksprache mit dem Kollegen in Kiel gehalten, der nicht bestätigen konnte, was AM Flasbarth im Ausschuss ausgeführt habe.

AM Voht fragt, ob die Beantwortung der Anfrage zu Überlastungsanzeigen 2023-2025 vor den Haushalts Beratungen beantwortet werden würde. Man brauche die Antworten, um vollständige Informationen vorliegen zu haben. Bürgermeister Lindenau sagt, dass die Antwort entsprechend vorliegen werde.

Außerdem sprechen AM Simon, AM Fürther, AM Schulte-Ostermann und AM Flasbarth.

AM Akyurt beantragt das Ende der Rednerliste.

Der Vorsitzende lässt über die Kenntnisnahme des Berichts abstimmen:

Auf Wunsch von AM Flasbarth wird die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen (17:37 Uhr – 17:47 Uhr).

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

zu 4.5	Ergebnis der Organisationsuntersuchung Technisches Gebäudemanagement Vorlage: VO/2025/14168
---------------	--

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde vertagt (vgl. TOP 1).

zu 4.6	Kosten-Wirksamkeits-Analyse Zukunftsszenarien ÖPNV Vorlage: 2024/13418-01-01
---------------	---

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde vertagt (vgl. TOP 1).

zu 4.7 Grobkonzept für den ÖPNV in der Nachtverkehrszeit
Vorlage: VO/2025/14352

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 4.8 Chancen und Perspektiven durch alternative Systemansätze zur Straßenbahn
Vorlage: VO/2025/14411

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde vertagt (vgl. TOP 1).

zu 4.9 Ergebnisse der Bürger:innenbeteiligung zum VEP
Vorlage: VO/2025/14412

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde vertagt (vgl. TOP 1).

zu 4.10 Haushaltsumfrage Mobilität 2024/Menschen unterwegs in Lübeck (MuiL)
Vorlage: VO/2025/14410

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.11 Zukunft der Geh- und Radwege in Lübeck - Soll-/Ist-Vergleich 2023-2025
Vorlage: VO/2025/13990**

Zu diesem TOP sprechen AM Flasbarth, Senatorin Hagen, AM Schulte-Ostermann, AM Zahn und AM Lötsch.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.12 Folgerungen aus Pflegebedarfsplanung 2017-2030: Ergebnisse des Folge-
workshops vom 07.09.2022 sowie ergänzende Priorisierungen
Vorlage: 0/09309-01-01-01**

Zu der Angelegenheit sprechen AM Flasbarth und Senatorin Steinrück.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.13 Ausbau der Versorgung der städtischen Kindertageseinrichtungen mit eigen-
en heilpädagogischen Fachkräften und Assistent:innen für heilpädagogische
Maßnahmen
Vorlage: VO/2025/14199**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.14 Kerndaten zu Bildung in Lübeck
Vorlage: VO/2025/14114**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.15 Ergänzungsbericht zum Bericht VO/2025/14311 Mehrgenerationenhaus Eichholz
Vorlage: VO/2025/14311-01**

Der Bericht wurde von der Verwaltung zurückgezogen (Vgl. TOP 1).

**zu 4.16 Bericht des Bereiches Familienhilfen / Jugendamt zum Qualitätsentwicklungs- und Personalbemessungsprozess 2024/2025
Vorlage: VO/2025/14405**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	

	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.17 Sachstand zur Einführung einer Ehrenamtsförderung für die Freiwilligen Feuerwehren
Vorlage: VO/2025/14476**

Keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.18 Bericht zum Kenntnisstand über die Sanierungsnotwendigkeit nach Abschluss der Bestandsanalyse und Grundlagenermittlung für das Theater Lübeck
Vorlage: VO/2025/14519**

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde vertagt (vgl. TOP 1).

**zu 4.19 Städtebauliche Gesamtmaßnahme Altstadt - Sachstand und Maßnahmenpriorisierung
Vorlage: VO/2024/13609-01**

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde vertagt (vgl. TOP 1).

**zu 4.20 Zwischenbericht Raumplanung IV
Vorlage: VO/2025/14014**

Dieser TOP wird unter 4.20.1 beraten.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**zu 4.20.1 AM Dr. Axel Flasbarth (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Christopher Lötsch (CDU), AM Thorsten Fürter (FDP): Antrag zu Zwischenbericht Raumplanung IV
Vorlage: VO/2025/14014-04**

Zu diesem TOP sprechen AM Schulte-Ostermann, AM Lötsch und Bürgermeister Lindenau.

Bürgermeister Lindenau sagt, dass mit Punkt 4 in die Hauptsatzung eingegriffen werde und man entsprechend die Hauptsatzung anpassen müsse. Das Innenministerium müsste der Anpassung zustimmen.

AM Petereit beantragt eine punktweise Abstimmung. Er lehne Punkt 4 und 5 ab.

Bürgermeister Lindenau weist darauf hin, dass beabsichtigt sei, dass der Hauptausschuss in diesem Fall einen Beschluss fassen solle. Aufgrund der Auswirkungen des Beschlusses, legt er nahe, dass der Hauptausschuss der Bürgerschaft empfiehlt entsprechend zu beschließen, da einige Teile des Beschlusses, wie eine Änderungen der Hauptsatzung, nur durch die Bürgerschaft beschlossen werden könnten. AM Lötsch stimmt dem Vorgehen als Antragssteller zu.

AM Lötsch sagt es sei das Ziel vorgegeben worden sich von dem Verwaltungsstandort zu trennen. Gleichzeitig solle berichtet werden, wo die Mitarbeiter: innen untergebracht werden könnten. Man könne sich selbstverständlich erst von einem Standort trennen, wenn man wisse, wo die Mitarbeiter: innen hinkommen. Wenn der Antrag beschlossen und umgesetzt werden würde, bekäme man von der Verwaltung erst einen Bericht, wo die Mitarbeiter: innen hinkommen können. Erst in einem weiteren Antrag könne man das Gebäude verkaufen, was die Bürgerschaft erst beschließen müsse.

Es gibt mehrere Wortbeiträge von AM Flasbarth, Herr Ziemann, AM Zahn, AM Lötsch, AM Fürther, AM Voht, Bürgermeister Lindenau, AM Schulte-Ostermann, AM Petereit, AM Stolzenberg und AM Simon.

Der Vorsitzende lässt punktweise abstimmen:

Abstimmungsergebnis zu Punkt 1 als Empfehlung für die Lübecker Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	
Abstimmungsergebnis zu Punkt 2 als Empfehlung für die Lübecker Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	
	einstimmige Annahme	

Abstimmungsergebnis zu Punkt 3 als Empfehlung für die Lübecker Bürgerschaft	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	13
	Nein-Stimmen	1
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	
Abstimmungsergebnis zu Punkt 4 als Empfehlung für die Lübecker Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	8
	Nein-Stimmen	6
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	
Abstimmungsergebnis zu Punkt 5 als Empfehlung für die Lübecker Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	8
	Nein-Stimmen	6
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
mehrheitlich die Annahme des Antrags.***

zu 4.21 Zwischenbericht zur Konkretisierung der kommunalen Wärmeplanung Vorlage: 2024/13808-03-01

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde vertagt (vgl. TOP 1).

zu 4.22 Vorstellung des städtischen Ideenmanagements und des Prozesses für eine strukturierte verwaltungsinterne Aufgabenkritik

Frau Hagen übernimmt ab 18:41 Uhr als erste stellv. Bürgermeisterin.

Herr Dr. Ivens und Frau Philipp stellen eine Präsentation vor (**Anlage 1 zum Protokoll**).

Zu der Angelegenheit sprechen AM Flasbarth, AM Lötsch, Senatorin Hagen, AM Simon, Herr Dr. Ivens, Frau Philipp, AM Fürther, Herr Brandt, AM Zahn, AM Voht und Senatorin Frank.

Keine weiteren Wortmeldungen.

	einstimmige Annahme	
--	---------------------	--

Abstimmungsergebnis	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 5	Beschlussvorlagen
-------------	--------------------------

zu 5.1	Haushalt 2026 Vorlage: VO/2025/14306
---------------	---

zu 5.2	Haushaltspläne der Stiftungen HdJ-HGH-JJK-WS-KOD-LW-VT-LA für das Haushaltsjahr 2026 Vorlage: VO/2025/14319
---------------	--

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein werden die Haushaltspläne für das **Haushaltsjahr 2026** wie folgt festgesetzt:

1. für die Stiftung Haus der Jugend

I.

- | | | |
|----|--|------------|
| 1. | im Ergebnisplan mit | |
| | einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 77.000 EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 77.000 EUR |
| | einen Jahresüberschuss von | 0 EUR |
| | einen Jahresfehlbetrag von | 0 EUR |
| 2. | im Finanzplan mit | |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 8.600 EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 7.800 EUR |
| | einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 0 EUR |

einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
--	-------

II.

- | | |
|---|-------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 EUR |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 EUR |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 0 EUR |

2. für die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital

I.

- | | |
|--|---------------|
| 1. im Ergebnisplan mit | |
| einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 1.704.600 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 1.795.000 EUR |
| einen Jahresüberschuss von | 0 EUR |
| einen Jahresfehlbetrag von | 90.400 EUR |
| 2. im Finanzplan mit | |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 1.621.400 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 1.298.900 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 10.800 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf | 19.500 EUR |

II.

- | | |
|---|------------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 EUR |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 EUR |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 90.000 EUR |
| 4. die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf | 1 Stelle |

3. für die Stiftung St.-Johannis-Jungfrauenkloster

I.

- | | |
|---|-------------|
| 1. im Ergebnisplan mit | |
| einem Gesamtbetrag der Erträge auf | 353.100 EUR |
| einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 436.500 EUR |
| einen Jahresüberschuss von | 0 EUR |
| einen Jahresfehlbetrag von | 83.400 EUR |

2.	im Finanzplan mit einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	353.000 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	436.000 EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	100 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	4.300 EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0 EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0 EUR
4.	die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf	0 Stellen

4. für die Westerauer Stiftung

I.

1.	im Ergebnisplan mit einem Gesamtbetrag der Erträge auf	31.000 EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	31.000 EUR
	einen Jahresüberschuss von	0 EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	0 EUR
2.	im Finanzplan mit einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	31.000 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	31.000 EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0 EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0 EUR

5. für die Stiftung Kriegsoferdank

I.

1.	im Ergebnisplan mit	
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	755.900 EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	800.900 EUR
	einen Jahresüberschuss von	0 EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	45.000 EUR
2.	im Finanzplan mit	
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	755.400 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	709.700 EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	300 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	120.000 EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0 EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0 EUR

6. für die Stiftung Lübecker Wohnstifte

I.

1.	im Ergebnisplan mit	
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	282.800 EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	281.400 EUR
	einen Jahresüberschuss von	1.400 EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	0 EUR
2.	im Finanzplan mit	
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	282.800 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	251.800 EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	17.900 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	16.600 EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitions-
----	--

	förderungsmaßnahmen	0 EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0 EUR

7. für die Stiftung Vereinigte Testamente

I.

1.	im Ergebnisplan mit	
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	330.400 EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	319.600 EUR
	einen Jahresüberschuss von	10.800 EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	0 EUR
2.	im Finanzplan mit	
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	330.200 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	319.300 EUR
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	300 EUR
	einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	1.488.600 EUR

II.

1.	der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	0 EUR
2.	der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	0 EUR
3.	der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	0 EUR

8. für die Stiftung Lübecker Altstadt

I.

1.	im Ergebnisplan mit	
	einem Gesamtbetrag der Erträge auf	4.400 EUR
	einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	4.400 EUR
	einen Jahresüberschuss von	0 EUR
	einen Jahresfehlbetrag von	0 EUR
2.	im Finanzplan mit	
	einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	4.400 EUR

einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	3.100 EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	0 EUR

II.

- | | |
|---|-------|
| 1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 0 EUR |
| 2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 0 EUR |
| 3. der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 0 EUR |

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Lübecker Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.3 Wirtschaftsplan 2026 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde
Vorlage: VO/2025/14056**

Hierzu sprechen AM Schulte-Ostermann, Herr Kirchhoff, AM Flasbarth, AM Simon, AM Zahn und AM Lötsch.

AM Lötsch bittet darum nachzureichen, mit welchen Erhöhungen konkret geplant werde, um einen direkten Vergleich zu haben.

Herr Kirchhoff sagt zu, diese nachzureichen.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Weitergabe der Beschlussvorlage abstimmen:

Nachtrag zur Niederschrift:

In der 39. Sitzung des Hauptausschusses am 23.09.2025 unter TOP 5.3. wurde der Kurbetrieb Travemünde zur Vorlage VO/2025/14056 Wirtschaftsplan 2026 für den Eigenbetrieb Kurbetrieb Travemünde um Erstellung eines Formulierungsvorschlages für einen Änderungsantrag in der Bürgerschaft gebeten.

Folgender Formulierung wird der Politik zur Erstellung eines Änderungsantrages anhand gegeben:

Änderungsantrag / Haushaltsbegleitbeschluss

1. Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert:

- a. Die Erträge unter Ziffer 1.1 werden um 315.000 Euro auf 5.153.000 Euro erhöht.
- b. Die Verlustzuweisung unter Ziffer 1.1 wird um 315.000 Euro auf 2.000.000 Euro reduziert.

2. Zur Erhöhung der Erträge sind zur Saison 2026 folgende Maßnahmen umzusetzen:

- a. Erhöhung der Kurabgabe auf Basis von Kalkulation und Benchmarking
- b. Erhebung der Kurabgabe von Teilnehmer:innen an Tagungen und Kongressen
- c. Erhöhung der Parkentgelte auf den Wohnmobilparkplätzen des Kurbetriebes

Beschluss:

Aufgrund des § 5 Abs. 1 Nr. 5 der Eigenbetriebsverordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung wird durch die Bürgerschaft per Beschluss der Wirtschaftsplan für den Kurbetrieb Travemünde für das Wirtschaftsjahr 2026 gemäß Anlage festgestellt :

1. Es betragen

1.1 Im Erfolgsplan

die Erträge	Euro	4.838.000
die Aufwendungen	Euro	7.153.000
die Verlustzuweisung	Euro	2.315.000

1.2 Im Vermögensplan

die Einzahlungen	Euro	1.510.000
die Auszahlungen	Euro	1.510.000

2. Es werden festgesetzt:

2.1 der Gesamtbetrag der Kredite
für Investitionen (und Investitions-
fördermaßnahmen) auf

Euro 0

**2.2 der Gesamtbetrag der Verpflichtungs-
ermächtigungen auf**

Euro

0

**2.3 der Höchstbetrag der
Kassenkredite auf**

Euro

900.000

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Lübecker Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.***

**zu 5.4 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs.1 Ge-
meindeordnung Schleswig-Holstein für die Produkte Entgeltermäßigung, Ta-
gespflege und Planung und Bezuschussung KiTa
Vorlage: VO/2025/14465**

AM Schulte-Ostermann sagt, dass die Vorlage im Jugendhilfeausschuss vertagt worden sei und man die Vorlage deshalb auch vertagen solle.

Senatorin Frank sagt, dass man die Vorlage nicht vertagt hätte, sondern die Vorlage noch nicht vorgelegen habe, da Haushalt und Steuerung bis dahin noch keinen Deckungsvorschlag machen konnte. Sie habe die Summe, um die es geht, aber bereits benannt. Der Jugendhilfeausschuss sei darüber informiert, dass man trotz fehlendem Deckungsvorschlag weiter in den Hauptausschuss gehe.

AM Zahn begrüßt den Vorschlag.

AM Schulte-Ostermann merkt an, dass die Behandlung im Jugendhilfeausschuss für den 02.10.2025 vorgesehen sei.

Senatorin Frank erklärt, dass der Jugendhilfeausschuss die Vorlage zur Kenntnis erhalten werde.

Herr Uhlig sagt, dass es nicht möglich gewesen sei zum vorgesehenen Termin die Vorlage zusammenzustellen. Man habe die Vorlage auf die heutige Tagesordnung genommen, damit diese noch in der Bürgerschaft behandelt werden könne.

AM Lötsch schlägt vor, die Vorlage heute zu behandeln und ggf. ohne Votum weiterzugeben, da man sonst erst in zwei Monaten in die Bürgerschaft gehen könne. Der Ausschuss stimmt dem Vorgehen zu.

AM Flasbarth fragt, wie es passieren könne, dass die Kosten um 12 Millionen Euro unterschätzt werden würden. Außerdem fragt er, wie 13 Millionen Euro gefunden werden konnten

und bittet darum die 2,3 Millionen Euro Einsparungen bei Aussiedlern näher zu erläutern. Dazu fragt er, wo bei den Klimaschutzmaßnahmen 250.000 Euro gespart werden sollen.

Herr Uhlig sagt, dass eine flexible Bewirtschaftung erforderlich sei, um aus der Not heraus die Verwaltung handlungsfähig zu halten. Einzelheiten könne er nicht darstellen.

Senatorin Frank erklärt, dass man zu Jahresbeginn noch nicht genau kalkulieren konnte und daher die Differenz zustande gekommen sei. Mit der neuen Finanzierungssystematik werde man mehr Transparenz im System schaffen und dadurch könne die Kalkulation genauer aufstellen.

AM Akyurt sagt, sie sei über den Deckungsvorschlag bei *Soziale Einrichtungen Aussied. Ausl. / Erträgen aus Kostenerstattungen des Landes* gestolpert. Im Sozialausschuss habe man gesagt, dass das Defizit der SIE aus dem gleichen Kontingent mit 1,5 Millionen Euro gedeckt worden sei. Warum habe man hier eine so hohe Verfügungsmasse?

Herr Uhlig sagt zu weitere Daten zu Protokoll zu geben.

Es folgen weitere Wortbeiträge von AM Flasbarth, Herrn Uhlig und Frau Schulte-Ostermann.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden gibt es keine weiteren Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Weitergabe der Beschlussvorlage an die Bürgerschaft ohne Votum abstimmen:

Nachtrag zur Niederschrift:

Klimaschutzmaßnahmen werden nicht gestrichen wurden, sondern lediglich zeitlich verschoben– wie im Falle der Mittel für Quartierskonzepte, die aus Gründen des sparsamen Umgangs mit Haushaltsmitteln erst im nächsten Jahr weitergeführt werden, weil dann wieder KfW-Fördermittel zur Verfügung stehen, oder anstatt der Vergabe an Dritte (Beispiel Konzepterstellung Treibhausgasneutrale Verwaltung) mit eigenem Personal und einer Softwarelösung erstellt werden.

EGH SGB IX f. j. Menschen / Erträge aus Kostenerst. Land: Die Aufwendungen im Produkt der Eingliederungshilfe für junge Menschen werden gem. aktueller Hochrechnung aufgrund der erfolgten Tarifsteigerungen und steigender Leistungsanspruchnahme höher ausfallen, als es zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung für das Jahr 2025 prognostiziert werden konnte. Für die Leistungen der Eingliederungshilfe erhält die HL eine prozentuale Landeserstattung. Die Planung der Erträge erfolgte bei der Übernahme der EGH in den Bereich Familienhilfen/Jugendamt zum 01.01.2024 auf Grundlage der bisherigen Erkenntnisse in einem restriktiven Rahmen, so dass im Gesamtbudget des Produktes EGH aufgrund der höheren Landeserstattung/Mehrerträge eine Budgetverbesserung von voraussichtlich 1,6 Mio € zu erwarten ist.

Soziale Einrichtungen Aussied. Ausl. / Erträge aus Kostenerst. Land: Die Mehrerträge Kostenerstattung Land resultieren aus einer nicht geplanten Aufnahmepauschale je zugewiesenen Flüchtling i.H.v. 6.750 €. Die Regelung hatte sich nach der Haushaltsplanung 2025 ergeben. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung war diese Pauschale noch nicht bekannt und daher nicht im Haushalt geplant. Somit handelt es sich hierbei um ursprünglich nicht geplante Mehrerträge, die zur Deckung herangezogen werden können. Die Aufwandsseite/Leistungen zur Unterbringung Geflüchteter bleibt hierbei unberührt, da es sich um Erträge handelt.

Beschluss:

In den nachfolgend aufgeführten Produktsachkonten werden **im Haushaltsjahr 2025** gem. § 82 Abs. 1 GO folgende zusätzliche Haushaltsmittel überplanmäßig bereitgestellt:

Produktsachkonto	Textbezeichnung	Betrag
361001 000 5331001	Finanz. Förderung in KiTas / Jugendhilfe außerh.v.Einrichtung	979.000,00
361003 000 5331001	Tagespflege / Jugendhilfe außerh.v. Einrichtung	1.829.200,00
365001 000 5318001	Planung + Bezusch. Kita / Zusch.f.lfd.Zw. soz.o.ähnl.Einr.	12.625.325,00
	Gesamt	15.433.525,00

Die Deckung erfolgt aus den nachstehenden Produktsachkonten:

Produktsachkonto	Textbezeichnung	Betrag
111032 000 5271000	DOS / Beson. Vwaltungs-u Betriebsaufw.	200.000,00
111020 000 4411001	Grundstücksmanagement / Erträge aus Erbbaurecht	350.000,00
126001 000 5271000	Gefahrenabwehr / Beson. Vwaltungs-u Betriebsaufw.	150.000,00
127001 000 5271000	Gefahrenabwehr / Beson. Vwaltungs-u Betriebsaufw.	100.000,00
314002 000 4481000	EGH SGB IX f. j. Menschen / Erträge aus Kostenerst. Land	1.600.000,00
315501 000 4481000	Soziale Einrichtungen Aussied. Ausl. / Erträge aus Kostenerst. Land	2.348.025,00
361001 000 4211000	Finanz. Förderung in KiTas / Kostenbeiträge u. Aufw.ersatz	14.000,00
361001 000 4216000	Finanz. Förderung in KiTas / Rückzahlung gewährter Hilfen	2.000,00
361003 000 4211000	Tagespflege / Kostenbeiträge u. Aufw.ersatz	337.600,00
362002 000 50xxx	Jugendarbeit / Personalaufwendungen	300.000,00
362002 000 5318001	Jugendarbeit / Zusch.f.lfd.Zw.soz.o.ähnl. Einr.	100.000,00
365001 000 4141000	Planung + Bezusch. Kita / Zuw.u.Zusch. f.lfd.Zw.Land	1.124.100,00
365001 000 4481000	Planung + Bezusch. Kita / Erträge aus Kostenerst. Land	307.800,00
424001 000 5271000	Sportstätten / Beson. Vwaltungs-u Betriebsaufw.	250.000,00
561002 000 5291006	Klimaschutzmaßnahmen / Aufwand für Klimaschutzmaßnahmen	250.000,00
611001 000 4013000	Steuern, allg. Zuw., allg. Umlagen / Gewerbesteuer	3.000.000,00
611001 000 4021000	Steuern, allg. Zuw., allg. Umlagen / Gemeindeanteil Einkommensteuer	3.300.000,00
611001 000 4051000	Steuern, allg. Zuw., allg. Umlagen / Leistungen Familienausgleich	1.700.000,00
	Gesamt	15.433.525,00

Abstimmungsergebnis als Empfehlung	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	

für die Lübecker Bürgerschaft	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	x

***Der Hauptausschuss gibt die Beschlussvorlage
ohne Votum an die Bürgerschaft weiter.***

zu 5.5 1. Nachtragshaushaltsplan der Stiftung "Heiligen-Geist-Hospital" für das Haushaltsjahr 2025 Vorlage: VO/2025/14483

AM Flasbarth fragt, wie viel von den 650.000 Euro durch den Leerstand betroffen sei. Außerdem fragt er nach einer ungefähren Gesamtsumme des Schadens, die entstanden sei. Der Schaden sei dadurch entstanden, dass die Entscheidung gefällt worden ist die Brandschutzsanierung in einem Teil des HGH auszusetzen. Diese Entscheidung sei ohne die Beteiligung der Bürgerschaft entstanden. Er fragt, ob die HL eine Regressfähigkeit für unzulässig getroffene Entscheidungen habe und bittet Herrn Ziemann um Prüfung.

Herr Uhlig sagt, dass er die Informationen nachreichen werde.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschluss:

Aufgrund des § 98 der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein wird der 1. Nachtragshaushaltsplan für die Stiftung Heiligen-Geist-Hospital für das Haushaltsjahr 2025 wie folgt festgesetzt:

I.

Mit dem 1. Nachtragshaushaltsplan werden

	erhöht um EUR	vermin- dert um EUR	und damit der Gesamtbetrag des Haushaltsplanes einschl. des 1. Nachtrages	
			gegenüber bisher EUR	nunmehr fest- gesetzt auf EUR
1. im Ergebnisplan der Gesamtbetrag der Erträge	655.900		2.056.700	2.712.600
Gesamtbetrag der Aufwendun- gen	655.900		2.056.700	2.712.600
Jahresüberschuss			0	unverändert
Jahresfehlbetrag			0	unverändert
2. im Finanzplan der Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätig- keit	655.900		1.973.500	2.629.400
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätig- keit	655.900		1.558.600	2.214.500
Gesamtbetrag der Einzahlungen				

aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit			110.600	unverändert
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit			119.400	unverändert

II.

Es werden neu festgesetzt:

1. der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	von bisher	0 EUR	auf	unverändert
2. der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	von bisher	0 EUR	auf	unverändert
3. der Höchstbetrag der Kassenkredite	von bisher	0 EUR	auf	unverändert

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Lübecker Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.6 Feststellung des Rechnungsergebnisses der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Jahr 2024 und überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln gem. § 82 Abs. 1 Gemeindeordnung (GO) für das Produkt Senior:InnenEinrichtungen in 2025
Vorlage: VO/2025/14493**

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss der Senior:InnenEinrichtungen der Hansestadt Lübeck für das Geschäftsjahr 2024 wird mit einer Bilanzsumme von € 25.080.321,16, einem Jahresfehlbetrag von € 4.474.012,13 - verteilt auf € 32.722.856,76 Erträge sowie € 37.196.868,89 Aufwendungen - und einem Bilanzverlust von € 4.468.470,21 festgestellt.

2. Der Bilanzverlust 2024 in Höhe von € 4.468.470,21 ist durch die Hansestadt Lübeck auszugleichen.
3. Der ursprüngliche Haushaltsansatz für den Ausgleich des Bilanzverlustes 2024 der SIE im städtischen Haushalt 2025 beträgt 2.986.700 € und ist nicht ausreichend. Daher wird in dem nachfolgend aufgeführten Produktsachkonto gem. § 82 Abs. 1 GO überplanmäßig bereitgestellt:

Produktsachkonto	Textbezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
315201000.5315000	Senior:InnenEinrichtungen, Zusch. an verb. Untern.	2025	1.481.800,00 €

Deckung:

Produktsachkonto	Textbezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag
315501000.4481000	Soz. Einricht. Aussiedler:innen und Ausländer:innen – Erträge aus Kosten-erst. Land	2025	1.481.800,00 €

Erläuterung zur Deckung:

Mehrerträge in dem genannten Produkt ergeben sich durch eine Kostenerstattung des Landes im Kontext Notunterkünfte, die auf eine Antragsstellung seitens der HL aus dem Jahr 2022 zurückgeht.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Lübecker Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.7 Aufhebung eines Sperrvermerks
Vorlage: VO/2025/14460**

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde vertagt (vgl. TOP 1).

zu 5.8	Preistarif der Museen der Hansestadt Lübeck - Anpassung der Ticketpreise für Erwachsene Vorlage: VO/2025/14366
---------------	---

Beiratsmitglied Böhm teilt mit, dass er auf die Teilnahme im nichtöffentlichen Teil verzichte.

AM Zahn merkt an, dass die Passat nicht mit aufgelistet sei, weil diese zu Schule und Sport gehöre. Man werde einen Ergänzungsantrag für die Bürgerschaft einstellen, dass die Passat mit aufgenommen werde.

Senatorin Frank sagt, dass sie einen solchen Antrag begrüßen würde, damit für die Passat die gleichen Preise und Ermäßigungen wie in den Museen gelten.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschluss:

Der als Anlage 2 beigefügte Preistarif für die Museen der Hansestadt Lübeck wird beschlossen und tritt zum 1.4.2026 in Kraft.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Lübecker Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

zu 5.9	Preistarif I für die Lübecker Schwimmbäder ab 01. 10. 2025 Vorlage: VO/2025/14264
---------------	--

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde vertagt (vgl. TOP 1).

zu 5.10	Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen ab dem Haushaltsjahr 2026 Vorlage: VO/2025/14425
----------------	--

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschluss:

Die Richtlinie zur Finanzierung von Kindertageseinrichtungen in der Hansestadt Lübeck wird in der Fassung der Anlage 1 beschlossen.

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Lübecker Bürgerschaft	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft einstimmig die Annahme der Beschlussvorlage.

**zu 5.11 Bewerbung beim Projekt Meeresschutzstädte
Vorlage: VO/2025/14447**

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde vertagt (vgl. TOP 1).

**zu 5.12 Teilnahme Lübecks im EU-Forschungsprojekt "DISCO-ADAPT"
Vorlage: VO/2025/14461**

Die Beschlussvorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen (Vgl. TOP 1).

**zu 5.13 Bebauungsplan 01.70.00 - Wallhalbinsel/Holstentorplatz - Satzungsbeschluss
Vorlage: VO/2025/14331**

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde vertagt (vgl. TOP 1).

**zu 5.14 Projektfreigabe "Theater Lübeck - Bestandserhaltende Maßnahmen; Förderprogramm" Beckergrube 16, 23552 Lübeck
Vorlage: VO/2025/14517**

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschluss:

Erteilung der Projektfreigabe für die Baumaßnahme „Theater Lübeck – Bestandserhaltende Maßnahmen; Förderprogramm“ auf der Grundlage der eingereichten und vorliegenden EW-Bau.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Beschlussvorlage einstimmig an.

**zu 5.15 Verkehrsentwicklungsplan - Teilgutachten Potenzialanalyse Straßenbahn
Vorlage: VO/2024/13418**

**zu 5.16 Mühlentorplatz - Umgestaltung zur signalisierten Kreuzung
Vorlage: VO/2025/13939**

Die Beratung dieser Angelegenheit wurde vertagt (vgl. TOP 1).

**zu 5.17 Elbe-Lübeck-Kanal - Positionierung der Hansestadt Lübeck zur Aktivierung
des vorhandenen Transportpotenzials auf dem Elbe-Lübeck-Kanal
Vorlage: VO/2025/14431**

Zu dieser Angelegenheit sprechen AM Dr. Flasbarth, Senatorin Hagen, AM Simon und AM Petereit.

Der Vorsitzende lässt über die Beschlussvorlage abstimmen:

Beschluss:

Der Bericht zur Aktivierung des vorhandenen Transportpotenzials des Elbe-Lübeck-Kanals wird zur Kenntnis genommen. Die Lübecker Bürgerschaft unterstützt die beschriebenen Maßnahmen und Aktivitäten zur Aktivierung der vorhandenen Transportkapazität ausdrücklich.

Der Bürgermeister wird beauftragt, die skizzierten Maßnahmen und Aktivitäten zur Aktivierung der bestehenden Transportkapazität des Elbe-Lübeck-Kanals über die Dachmarke Port of Lübeck auszuarbeiten bzw. umzusetzen und regelmäßig zu berichten.

	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt die Beschlussvorlage einstimmig an.

zu 6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
-------------	--

zu 6.1	Fraktion Linke & GAL, AT: Einrichtung einer Energieagentur / eines Kompetenzzentrums Klimaneutralität Vorlage: VO/2025/14000-01
---------------	--

zu 6.2	AfD: Beflaggung an Dienstgebäuden und Liegenschaften der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2025/14326
---------------	--

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Dienstgebäude und Liegenschaften der Hansestadt Lübeck sind, soweit ein Fahnenmast vorhanden ist, ganzjährig mit der Nationalflagge zu beflaggen.

Zudem ist zu prüfen, an welchen Dienstgebäuden und Liegenschaften der Hansestadt Lübeck die Aufstellung eines Fahnenmastes möglich ist, um auch dort die Nationalflagge ganzjährig zu hissen. Bei der Prüfung ist eine Kostenanalyse zu erstellen. Diese Maßnahmen sollen in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Regelungen zur Beflaggung des Bundes und der Länder erfolgen und in den Zuständigkeitsbereich der Hansestadt Lübeck aufgenommen werden. Andere Nationalflaggen dürfen nur zu besonderen Anlässen, z.B. beim Empfang von Gästen einer Städtepartnerschaft und zusätzlich zur deutschen Nationalflagge gehisst werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	x
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag einstimmig ab.

**zu 6.3 AT - CDU, BÜ90/DIE GRÜNEN, FDP zu: Initiative zur Entlastung der Verwaltung kommunales Vorschlagswesen zum Bürokratieabbau auf drei Ebenen
Vorlage: VO/2025/14433-01**

Keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis als Empfehlung für die Lübecker Bürgerschaft	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	9
	Nein-Stimmen	5
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

***Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft
mehrheitlich die Annahme Antrages.***

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

**zu 7.1 AM Christopher Lötsch (CDU), AM Dr. Axel Flasbarth (BÜ90/DIE GRÜNEN), AM Thorsten Fürter (FDP): Erstellung eines Konzepts zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Stadtverwaltung Lübeck
Vorlage: VO/2025/14550**

Zu dieser Angelegenheit sprechen AM Zahn, Dr. Ivens, AM Lötsch, AM Zander, AM Schulte-Ostermann, AM Voht, AM Flasbarth und AM Fürther.

AM Petereit weist daraufhin, dass man dem Antrag zustimmen werde, wenn die Smart City Fördermittel rausgenommen werden würden, da nicht auf nicht umsetzbare Dinge hingewiesen werden sollte. Außerdem solle die personelle Ausstattung sichergestellt werden.

Auf Vorschlag von Herrn Dr. Ivens sagt AM Lötsch, dass im Antrag ergänzt werden solle, dass geprüft werde in wie fern Smart City Gelder verwendet werden können.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen:

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Bürgerschaft folgendes zu beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt mit der zügigen Entwicklung und Umsetzung eines verantwortungsvollen Konzepts zur Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI) in der Stadtverwaltung Lübeck.

1. Dienstvereinbarung zur KI-Nutzung:
Erstellung einer verbindlichen Regelung zur Anwendung von KI-gestützten Tools (z.B. ChatGPT, CoPilot, etc.) unter Einbeziehung von Datenschutz, Personalvertretung und IT.
2. „KI-Pass“ für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:
Einführung eines Fortbildungs- und Freigabeverfahrens für die sichere Nutzung von KI in der Verwaltung.
3. Pilotprojekt „Lübecker KI-Werkstatt“:
Start eines technischen abgesicherten Pilotprojekts zur Erprobung praxistauglicher KI-Anwendungen.
4. Künstliche Intelligenz in der Gremienarbeit:
Es soll geprüft werden, inwieweit die Gremien der kommunalen Selbstverwaltung durch moderne KI-Tools in ihrer Arbeit unterstützt werden können. Dabei soll insbesondere geprüft werden, wie den Fraktionen ein datensicherer Zugang zu den Daten und Dokumenten in ALLRIS für die KI-Analyse gegeben werden kann.
5. Steigerung der Verwaltungseffizienz mithilfe Künstlicher Intelligenz:
Es soll ein Konzept vorgelegt werden, das die Effizienz der Verwaltung dadurch steigert, dass die Aufgaben in der Verwaltung von KI-gestützten Agenten übernommen oder unterstützt werden. Elemente dieses Konzepts sind:
 - Ansatz zur Priorisierung der Verwaltungsvorgänge für KI-Einsatz nach der Höhe des Personalbedarfs und Umsetzungsaufwandes.
 - Projektorganisation für Priorisierung und Umsetzung.
 - Liste der ersten Quick-Wins.
 - Zeitplan.

Die Verwaltung wird gebeten, bis spätestens Ende des Jahres erste Umsetzungsoptionen vorzulegen. Dabei sollen die zur Verfügung stehenden Smart City Fördermittel genutzt werden, um Leistungen bei Kapazitätsengpässen vornehmlich auch an Drittdienstleister zu vergeben.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	10
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	4
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss nimmt den Antrag mehrheitlich an.

zu 8 Gleichstellung

zu 8.1	Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Lübeck 2025 Vorlage: VO/2025/14386
---------------	--

Zu diesem TOP sprechen Frau Sasse, AM Schulte-Ostermann, AM Akyurt, AM Siegenbrink und AM Prüß.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 8.2	2. Lübecker Aktionsplan Gleichstellung Queer Vorlage: VO/2025/14385
---------------	--

Zu diesem TOP sprechen mehrfach Frau Sasse, AM Schulte-Ostermann, Senatorin Steinrück und AM Flasbarth.

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

zu 9	Verschiedenes
-------------	----------------------

Es liegt nichts vor.

zu 10	Ende des öffentlichen Teils
--------------	------------------------------------

Der Vorsitzende schließt um 21:05 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 21:15 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
--------------	--

Nach Wiedereintritt in den öffentlichen Teil teilt der Vorsitzende mit, dass im nichtöffentlichen Teil zwei Berichte und elf Beschlussvorlagen beraten worden seien.

Der Vorsitzende bedankt sich bei allen Anwesenden und schließt um 21:38 Uhr die Sitzung.

Lübeck, den 12. November 2025

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Annika Wegener
Protokollführung